

# Bei der Bündner Jagd soll alles bleiben, wie es ist

Nächste Woche diskutiert das Kantonsparlament über die Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes. Wobei das so sicher auch wieder nicht ist – die Mehrheit der Grossräte will auf die Debatte gar nicht erst eintreten.

von Pierina Hassler

Grossrat Christian Kasper und seine Jägerfraktion reichten in der Februar-session 2015 einen Antrag ein, die Jagd in den Oktober hinein zu verlängern. Die Regierung nahm dies mit Einschränkungen entgegen. Unter anderem sollte der Rechtsstreit über die Sonderjagdinitiative abgewartet werden. Nächste Woche ist es so weit: Die Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes wird in der Oktobersession diskutiert. Oder auch nicht, denn viele Grossräte, an vorderster Front die Jägerfraktion selber, wollen auf die Debatte gar nicht eintreten. Und das würde heissen – das Gesetz ist vom Tisch.

## Jäger gegen Jagdverlängerung

Was ist passiert bei der Jägerfraktion im Grossen Rat? Vor gut einem Jahr wollten sie die Jagd noch verlängern und jetzt ist plötzlich alles anders? Zum SRF-Regionaljournal-Graubünden sagte Jägerfraktions-Präsident Kasper klipp und klar: «Die Jägerfraktion hat Nichteintreten beschlossen.» Im Detail wolle man das Jagdgesetz gar nicht beraten. Einerseits, weil die Regierung ihre Ideen nicht richtig aufgenommen habe und andererseits, weil man selber gemerkt habe, dass so eine Oktoberjagd bei den Bündner Jägern gar nicht gut ankomme. Da hat er recht: «Mit rund 86 Prozent haben die Sektionen des Bündner kantonalen Patentjäger-Verbandes die Oktoberjagd abgelehnt», sagt deren Präsident Robert Brunold. Er präzisiert: «Alle anderen Anliegen wie Alkoholmissbrauch oder Fallenverbot sind von uns aber angenommen worden.»

## FDP und BDP für Nichteintreten

FDP und BDP schliessen sich nächste Woche der Jägerfraktion an. Die FDP begründet dies so: Die Teilrevision komme zu einem unglücklichen Zeitpunkt. Unglücklich deshalb, weil bei der Jagd gerade viel unklar sei. Es



Zu keinen Kompromissen bereit: Mit rund 86 Prozent haben die Jäger die Oktoberjagd abgelehnt.

Bild Yanik Bürkli

steht tatsächlich einiges zum Thema an: Die Sonderjagdinitiative liegt in Lausanne beim Bundesgericht auf dem Tisch. Es muss abgeklärt werden, ob sie tatsächlich ungültig ist, wie das der Grosse Rat letztes Jahr entschieden hat. Dann steht auch noch die Revision des eidgenössischen Jagdgesetz-

zes an. Und zu guter Letzt ist da noch die Initiative «Für eine ethische und naturverträgliche Jagd». Dessen Beratung ebenfalls auf der Traktandenliste der Oktobersession steht.

Bei der BDP tönt es ähnlich. Auch sie will auf die Debatte nicht eintreten, weil noch zu viel anstehen wür-

«Es ist wichtig, dass die Bündner Politik Lösungen aufzeigt.»

Philipp Wilhelm  
Präsident SP Graubünden

den. Die SVP wird sich zum Thema erst am Montag äussern.

## CVP und SP für Eintreten

Anders die Haltung der CVP. In einer Mitteilung schreibt die Partei, der Antrag der Jägerfraktion, wonach auf die Vorlage gar nicht erst eingetreten werden muss, stosse bei der CVP auf Unverständnis. «Wir sind der Meinung, dass es richtig ist, über die heiklen Punkte des Jagdgesetzes, nämlich Alkohol, Gästekarten und Oktoberjagd, zu diskutieren.» Die SP betont, die Behandlung der Initiative «Für eine naturverträgliche und ethische Jagd» könne aufgrund von Fristen nicht aufgeschoben werden. «Es ist darum wichtig, dass die Bündner Politik Lösungen aufzeigt», sagt SP-Präsident Philipp Wilhelm.

Brunold ist überzeugt, die Bündner Jagd stehe so oder so vor einer noch nie dagewesenen Herausforderung. Zum eigenen Publikationsorgan «Bündner Jäger» sagte er: «Die Schuldigen sind leider in den eigenen Reihen zu orten.» Die Sonderjagdinitiative habe die Einigkeit unter der Jägerschaft kurzzeitig geschwächt und dadurch die Gegner der Jagd auf den Plan gebracht. Die Jägerfraktion des Grossen Rates hätte gerade deshalb die Oktoberjagd vorgeschlagen. «Man dachte, mit zusätzlichen Jagdtagen könne man die Sonderjagdgegner vor dem Gang ans Bundesgericht aufhalten. Aber jetzt müssen wir keinen Kompromiss mehr finden», so Brunold.

## Spiel mit dem Feuer

Wer massvolle Veränderung in der Jagd verhindert, spielt den radikalen Jagdgegnern in die Hände.

Ein Kommentar  
von Stefan Bisculm  
Regionalredaktor



Politiker und Jagdvertreter schlagen im Vorfeld der grossrätlichen Jagddebatte so viele Haken, dass einem schwindlig werden könnte. Gestern noch Anstösser eines teilrevidierten Jagdgesetzes, zeigen sie heute diesem die kalte Schulter und wollen nicht einmal mehr auf das Geschäft eintreten.

Dabei hatte doch die Jägerfraktion den Startschuss für eine Jagdgesetzrevision gegeben. Aus Angst vor den Sonderjagdgegnern hatte sie einen Antrag für eine Oktoberjagd gestellt. In der Zwischenzeit wurde die Jägerfraktion von der Jägerbasis aber zurückgepfiffen.

Es ist offensichtlich: Die Jäger und ihre Sympathisanten treten wieder selbstbewusster auf. Sie machen nicht mehr den Eindruck, als würden sie sich vor den Jagdgegnern im Allgemeinen und den Sonderjagdgegnern im Besonderen fürchten. Die Teilrevision des Jagdgesetzes hat mit der Einführung einer Promillegrenze während der Ausübung der Jagd und der Abschaffung der Fallenjagd populäre Anliegen der Volksinitiative «Für eine naturverträgliche und ethische Jagd» im neuen Gesetz aufgenommen. Dies war ein Zugeständnis und hätte zur Modernisierung der Bündner Jagd beigetragen. Selbst in Jägerkreisen stiessen diese Änderungen auf Zustimmung. Der Initiative, die in vielen Punkten noch viel grössere Einschränkungen für die Bündner Patentjagd verlangt, wären damit die spitzesten Zähne gezogen worden.

Die Initianten dürften ihre Freude haben an der neuen Alles-oder-nichts-Strategie der Jagdvertreter und ihnen zugewandten Politiker. Denn ihre Chancen im Abstimmungskampf können sich dadurch nur verbessern.



Kontaktieren Sie unseren Autor:  
stefan.bisculm@somedia.ch